

Mitden. Das Zustandekommen der dazu nötigen Voraussetzungen wollen wir ohne Verzug durch die Einführung von Zivilverwaltungen fördern. Ihre Verfassung und ihre Beziehungen zu den Nachbarvölkern sollen jene Gebiete selbständig regeln. In der

inneren Politik

habe ich durch die Methode, in der sich die Regierungsbildung vollzog, klare und feste Stellung genommen. Auf meinen Vorschlag sind die Führer der Mehrheitsparteien zu meinen unmittelbaren Ratgebern berufen worden.

Meine Herren! Ich war der Überzeugung, daß die Einheitspolitik der Reichsleitung nicht nur gewährleistet werden sollte durch die bloße schematische Parteizugehörigkeit der einzelnen Regierungsmitglieder, sondern ich hielt für fast noch wichtiger die Einheitspolitik der Gesinnung. (Bravo!) Von diesem Gesichtspunkte bin ich ausgegangen auch bei der Wahl meiner Mitarbeiter, die nicht dem Parlamente angehören. Ich habe das höchste Gewicht darauf gelegt, daß die Mitglieder der neuen Reichsleitung auf dem

Standpunkte des Rechtsfriedens

stehen, unabhängig von der Kriegslage (Bravo!), daß sie sich zu diesem Standpunkte auch öffentlich bekannt haben in einem Zeitpunkte, da wir auf dem Höhepunkt unserer militärischen Erfolge standen. (Bravo!) Meine Herren, ich bin überzeugt, daß die Art, in der jetzt die Reichsleitung unter Mitwirkung des Reichstags gebildet worden ist, nicht etwas Vorübergehendes darstellt und daß im Frieden eine Regierung nicht wieder gebildet werden kann, die sich nicht stützt auf den Reichstag und die nicht aus ihm führende Männer entnimmt. (Bravo!) Mehrheitsbildung heißt politische Willensbildung. Und ein unbefreitbares Ergebnis des Krieges ist, daß in Deutschland zum ersten Male große Parteien sich zu einem festen einheitslichen Programm zusammengeschlossen haben und damit in die Lage gekommen sind, das Schicksal des Volkes von sich aus mit zu bestimmen. Dieser Gedanke wird niemals erlöschen, diese Entwicklung niemals rückgängig gemacht werden! (Bravo!) Dabei vertraue ich, daß, so lange Deutschlands Gefährdung von Gefahren umrandet ist, auch die außerhalb der Mehrheit stehenden Volkskreise und deren Vertreter, die nicht der Reichsleitung angehören, alles Trennende zurückstellen und dem Vaterlande geben, was ihm heute gebührt. Diese Entwicklung macht eine

Änderung unserer verfassungsrechtlichen Vorschriften

Im Sinne des kaiserlichen Erlasses vom 30. September erforderlich, die es ermöglicht, daß diejenigen Mitglieder des Reichstages, die in die Reichsleitung eintreten, ihren Sitz im Reichstag behalten. (Bravo!) Eine entsprechende Vorlage ist dem Bundesrat zugegangen und wird Ihrer Beschlußfassung unverzüglich unterbreitet werden. Meine Herren! Neben mir der Worte eingedenk, die der Kaiser am 4. August 1914 gesprochen und die ich im Dezember vorigen Jahres in Karlsruhe in die Worte fassen durfte: Wohl gibt es Parteien, aber es sind Deutsche. Unter dem Zeichen dieses Kaiserwortes muß sich auch die politische Entwicklung in dem führenden deutschen Bundesstaat Preußen vollziehen und die Vorkämpfer des Königs von Preußen, die das demokratische Wahlrecht versprechen, schnell und reiflich erfüllen. Die

preussische Wahlrechtsfrage

ist bei der überragenden Stellung Preußens eine deutsche Frage. (Zustimmung links und im Zentrum.) Und ich zweifle nicht, daß auch die Bundesstaaten, die in der Entwicklung ihrer verfassungsmäßigen Zustände noch zurückstehen, dem preussischen Beispiel entschlossen folgen werden. (Beifall links.) Dabei halte ich unerschütterlich fest an den föderativen Grundlagen des Reiches als einem Bundesstaat, dessen einzelne Glieder ihr inneres Verfassungsleben in voller Selbständigkeit bestimmen, ein Recht, auf das auch Elsaß-Lothringen vollen Anspruch hat. (Beifall links und im Zentrum.) Die Selbständigkeit und Vielfältigkeit des Lebens in den einzelnen Bundesstaaten, das enge Treueverhältnis, das jeden Deutschen mit seiner Heimat und mit seinem Landesherren verbindet, sind die Quellen, aus denen die unbefröhlliche Kraft, die Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit des deutschen Volkes während des ganzen Krieges geflossen sind. (Beifall.) Durch die ganze Kriegszeit haben sich die Klagen hindurchgezogen über die

Handhabung des Belagerungszustandes,

sie haben trennend und erbitternend gewirkt und die freundliche Mitarbeit an den schweren Aufgaben der Kriegszeit gehemmt. (Sehr richtig!) Bis auf weiteres können, wie das Beispiel aller kriegsführenden Staaten lehrt, die außerordentlichen Machtbefugnisse nicht entbehrt werden, die der Belagerungszustand verleiht. Aber es muß ein enges Verhältnis zwischen den Militär- und Zivilbehörden hergestellt werden, das es ermöglicht, daß in allen nicht rein militärischen Angelegenheiten, also besonders auf den Gebieten der Justiz, des Verkehrs und Versammlungswesens, die Gesichtspunkte der Zivilverwaltungsbehörden maßgebend zur Geltung kommen und daß die Entscheidungen letzten Endes unter der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gestellt werden. (Beifall links und im Zentrum.) Zu diesem Zwecke wird ein Befehl des Kaisers an die Militärbefehlshaber ergehen und die kaiserliche Verordnung vom 4. Dezember 1918 unverzüglich entsprechend ausgebaut werden. Mit dem 30. September 1918, dem Tage des Erlasses, beginnt eine

neue Epoche in Deutschlands innerer Geschichte.

(Beifall links und im Zentrum.) Die innere Politik, die damit in ihren Grundzügen vorgezeichnet ist, ist von entscheidender Bedeutung für die Frage über Krieg und Frieden

(Sehr richtig.) Die Staatskraft, die die Regierung in ihren Bestrebungen um den Frieden hat, hängt davon ab, daß hinter ihr ein einheitlicher und fester unerschütterlicher Volkswille steht. Nur wenn die Feinde fühlen, das deutsche Volk steht geschlossen hinter seinen verantwortlichen Staatsmännern, nur dann können Worte zu Taten werden! (Beifall links.) Die deutsche Regierung wird bei den Friedensverhandlungen dahin wirken, daß in die Verträge Vorschriften über

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung

ausgenommen werden. (Beifall links und im Zentrum.) welche die vertragsschließenden Regierungen verpflichten, in ihren Ländern binnen einer angemessenen Frist ein Mindestmaß gleichwertiger oder doch gleichartiger Einrichtungen zur Sicherung von Leben und Gesundheit, sowie zur Versorgung der Arbeiter bei Krankheiten, Unfall und Invalidität zu treffen. Ich rechne bei der Vorbereitung auf den sachkundigen Rat der Arbeiterverbände sowohl wie Unternehmer. So lange noch deutsche Volksgenossen in Gefangenschaft sind, werde ich mich um die warme Fürsorge für ihr Wohl mit allen Kräften bemühen. (Allseitiger Beifall.) Auch der in unserer Gefangenschaft lebenden Feinde werde ich mich in gerechter Weise fürsorgend annehmen. (Erneuter Beifall.)

Im Westen

tobt seit Monaten eine einzig furchtbar menschenmordende Schlacht. Dank dem unglaublichen Heldentum unserer Armee, das als unvergänglich Ruhmesblatt in der Geschichte des deutschen Volkes fortleben wird für alle Zeiten, ist die Front ungedrochen! Dieses stolze Bewußtsein läßt uns mit Zuversicht in die Zukunft sehen.

Gerade weil wir von dieser Gesinnung und Überzeugung beseelt sind, ist es aber auch unsere Pflicht, Gewißheit darüber herbeizuführen, daß das opfervolle blutige Ringen nicht einen einzigen Tag bis über den Zeitpunkt hinaus geführt wird, wo uns ein Abschluß des Krieges möglich erscheint, der unsere Ehre nicht berührt. Ich habe deshalb auch nicht erst bis zum heutigen Tage gewartet, ehe ich handelnd

zur Förderung des Friedensgedankens

eingreife. (Beifall.) Gestützt auf das Einverständnis aller dazu berufenen Stellen im Reich und auf die Zustimmung der mit uns gemeinsam handelnden Bundesgenossen, habe ich in der Nacht zum 5. Oktober durch die Vermittlung der Schweiz an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika eine Note gerichtet, in der ich ihn bitte, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen und hierzu mit allen kriegsführenden Mächten in Verbindung zu treten. (Bewegung.)

Die Note trifft schon heute oder morgen in Washington ein. Sie richtet sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, weil dieser in seiner Kongressbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Rundgebungen, besonders auch in seiner New Yorker Rede vom 24. September ein Programm für den allgemeinen Frieden aufgestellt hat, das wir als Grundlage für die Verhandlungen annehmen können. Ich habe diesen Schritt auf dem Wege zu der Erlösung nicht nur Deutschlands und seiner Verbündeten, sondern der gesamten Welt unter dem Kriege leidenden Menschheit aus dem halben getan, weil ich glaube, daß die auf das künftige Glück der Völker gerichteten Gedanken, die Herr Wilson vertritt, sich völlig mit den allgemeinen Vorstellungen im Einklang befinden, in denen sich auch die neue deutsche Regierung und mit ihr die weltüberragende Mehrheit unseres Volkes bewegt. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Was mich selbst betrifft, so können meine früheren, vor einem anderen, engeren Kreise gehaltenen Reden bezeugen, daß sich in der Vorstellung, die ich von einem künftigen Frieden hege, keinerlei Wandel in mir vollzogen hat, seitdem ich mit der Führung der Reichsgeschäfte beauftragt worden bin. (Zustimmung.) Was ich will, ist

ein ehrlicher, dauernder Friede

für die gesamte Menschheit und ich glaube daran, daß ein solcher Friede zugleich auch der festeste Schutzwall für die künftige Wohlfahrt unseres eigenen Vaterlandes wäre. (Beifall links und im Zentrum.) Zwischen den nationalen und den internationalen Pflichtgeboten sehe ich deshalb mit Bezug auf den Frieden keinerlei Unterschied. (Sehr richtig! links.) Das Entscheidende liegt hier ausschließlich darin, daß diese Gebote von allen Beteiligten mit derselben Ehrlichkeit als bindend anerkannt und beachtet werden, wie das von mir und den anderen Mitgliedern unserer neuen Regierung geschieht. (Beifall links.) So sehe ich mit der inneren Ruhe, die mir mein Gewissen als Mensch und als Diener unseres Volkes verleiht, und die sich zugleich auf das feste Vertrauen zu diesem großen, treuen, jeder Hingebung fähigen Volke und seine ruhmvolle Wehrmacht gründet, dem Ergebnis der Verhandlungen entgegen, die ich als leitender Staatsmann unternommen habe. Wie dieses Ergebnis auch ausfallen möge: Ich weiß, daß es

Deutschland fest entschlossen und einig

finden wird, sowohl zu einem redlichen Frieden, der jede eigenschaftliche Verletzung fremder Rechte von sich weist, als auch zu dem Endkampfe auf Leben und Tod, zu dem unser Volk ohne eigenes Verschulden gezwungen wäre, wenn die Antwort der mit uns im Kriege stehenden Mächte auf unser Angebot von dem Willen, uns zu vernichten, diktiert werden sollte. (Beif. Just.) Kein Jagen befällt mich bei dem Gedanken, daß dieses zweite Ergebnis eintreten könnte, denn ich kenne die Größe der gewaltigen Kräfte, die auch jetzt noch in unserem Volke vorhanden sind, und ich weiß, daß die unwiderlegliche Überzeugung, um gar nichts weiter als um unser Leben zu kämpfen, diese Kräfte verdoppeln würde. (Beifall.) Ich hoffe aber, um der gesamten Menschheit willen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten unser Angebot so aufnimmt, wie wir es meinen, dann wäre die Tür zu einem baldigen ehrenvollen Frieden des Rechtes und der Verschönerung sowohl für uns wie für unsere Gegner geöffnet. (Beifall, stürmischer Beifall.)

Meine Herren! Ich bin überzeugt, daß dieses Programm, von dem ich Ihnen nur die Grundzüge dargestellt habe, den

Vergleich mit allen fremden Regierungsgrundzügen ausstellt. Noch näher auf Einzelheiten eingegangen, könnte mir heute nicht angedacht. Die Beratungen, die wir vor dem Zustandekommen der neuen Regierung gepflogen haben, sind zwar selbstverständlich viel mehr in die Tiefe gegangen, als ich in meiner knappen Zusammenfassung der wichtigen Punkte heute hier wiedergeben vermag; ich glaube aber auch andererseits auch, daß dem hohen Hause jetzt gar nichts daran gelegen ist, meine Auffassung vieler Redendinge kennen zu lernen. Das Entscheidende ist, wenn ich die Tage richtig erfasse, meine Wunschliste über den

allgemeinen Geist der neuen Regierung.

Dem jeder, der diesen richtig versteht, kann ohne weiteres daraus folgern, wie die Reichsleitung sich zu den schwebenden Einzelfragen stellt. Ich bin ja auch selbstverständlich gern bereit, dem Reichstage darüber bei späteren Gelegenheiten Aufschluß zu geben. Von unmittelbarer Wichtigkeit sind jetzt die Folgerungen, die die neue Reichsleitung in der kurzen Zeitspanne ihres bisherigen Daseins praktisch aus der Lage, die sie vorfand, und aus der Stuganwendung ihrer politischen Grundzüge auf diese Lage gezogen hat. Mehr als vier Jahre des blutigsten Ringens gegen eine Welt von zahlenmäßig überlegenen Feinden liegen hinter uns, Jahre voll schwerer Kämpfe und schmerzlicher Opfer. Ein jeder von uns trägt seine Narben, nur allzuvielen sogar noch offene Wunden, sei es im verborgenen Grunde der Seele oder an seinen opferbereit für die deutsche Freiheit auf dem Schlachtfelde preisgegebenen Körper. (Sehr wahr!) Trotzdem aber sind wir starken Herzens und voll von zuversichtlichem Glauben an unsere Kraft, entschlossen, für unsere Ehre und Freiheit und für das Glück unserer Nachkommen auch noch schwerere Opfer zu bringen, wenn es unabänderlich ist. (Stürmischer Beifall.) Mit tiefer, heißer Dankbarkeit gedenken wir unserer tapferen Truppen, die unter glänzender Führung während des ganzen Krieges fast Uebermenschliches geleistet haben, und deren bisherige Taten sicher verbürgen, daß unter aller Schicksal auch fernherhin in guten, zuverlässigen Händen bei ihnen liegt. (Beifall, allseitiger Beifall.)

Nach der Rede des Reichskanzlers hob der Reichstagspräsident Behrens in einer tief empfundenen Ansprache die Bedeutung dieser Rede hervor und wies darauf hin, mit welchem Jubel das Wort Frieden von unseren Frauen und Kindern, aber auch von unseren Soldaten begrüßt werden würde. Redner erklärte, daß das deutsche Volk und der deutsche Reichstag den Friedensschritt des Reichskanzlers billigen und erklärte weiter, daß nunmehr die einzelnen Fraktionen des Reichstages sich darüber unterhalten würden. Er schlug deshalb eine Vertagung des Reichstages vor und werde die nächste Reichstagsitzung einberufen.

Die Abg. Haase (unabh. Soc.), der sich gleichfalls mit dem Friedensangebot einverstanden erklärte und Sahba (Pol.) wünschten sofortige Besprechung der Reichskanzlerrede, es blieb aber beim Vertagungsvorschlage des Präsidenten.

Der Wortlaut der Note an Wilson.

Die an den Präsidenten Wilson übermittelte Note hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Wiederherstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegsführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Aufnahme der Verhandlungen einzuladen. Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongressbotschaft vom 18. Januar 1918 und in seinen späteren Rundgebungen, namentlich in der Rede vom 27. September aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an. Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung den sofortigen Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen.

Mag. Prinz von Baden, Reichskanzler.

Anschluß Oesterreich-Ungarns und der Türkei.

Oesterreich-Ungarn hat durch die Vermittlung Schwedens an den Präsidenten Wilson gleichfalls den Antrag auf einen sofortigen Waffenstillstand gelangen lassen. Die Türkei wird diesem Schritte folgen.

Burian nimmt Wilsons Bedingungen an.

Aus Wien wird von gestern gemeldet: Die Friedensnote des Grafen Burian wird heute veröffentlicht werden. Es wird ausgesprochen werden, daß sämtliche Bedingungen Wilsons zur Annahme gelangen.

Wortlaute beim Kaiser.

Der Kaiser hatte vorgestern nachmittag Besprechungen im Reichskanzlerpalais und hörte gestern den Generalstabsvortrag.